

Protokoll

über die 28.Sitzung des Rates der Stadt Wedel am Donnerstag
dem 18.02.2016, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Frau Rita Dietrich
Frau Kerstin Dorbandt
Herr Christian Fuchs
Frau Heidemargret Garling
Herr Michael C. Kissig
Herr Peter Kramer
Herr Jan Lüchau
Herr Michael Schernikau
Herr Stephan Schwartz

Fraktionsvorsitzender
1. stellv. Bürgermeister

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan
Herr Joachim Funck
Frau Birgit Neumann-Rystow
Frau Renate Palm
Frau Ingrid Paradies

Fraktionsvorsitzender
Stadtpräsidentin

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Frau Aysen Ciker
Herr Thomas Grabau
Frau Gudrun Jungblut
Frau Petra Kärgel
Herr Olaf Wuttke

2. stellv. Stadtpräsidentin

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Herr Lothar Barop
Herr Manfred Eichhorn
Frau Sophia Jacobs-Emeis

3. stellv. Bürgermeister

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Herr Waldemar Herrmann
Frau Renate Koschorrek

Fraktionsvorsitzende

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy
Herr Johannes Schneider

Fraktionsvorsitzender

Jugendbeirat:

Herr Lucas Harder

Umweltbeirat:

Herr Maximilian vom Bruch

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung
Herr Manuel Baehr
Herr Rolf Jagemann
Herr Thomas Jung-Pünjer
Herr Klaus Lieberknecht
Herr Niels Schmidt
Herr Volkmar Scholz
Herr Ralf Waßmann
Frau Martina Weisser

zu TOP 10

zu TOP 7-9

Bürgermeister

Schriftführerin

Presse:

Oliver Gabriel

Wedel-Schulauer-Tageblatt

Es fehlte entschuldigt:CDU-Fraktion:

Herr Ulrich Kloevokorn

1. stellv. Stadtpräsident

WSI:

Herr Andreas Schnieber

2. stellv. Bürgermeister

SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Rüdiger

Seniorenbeirat:

Frau Heidemarie Bohnert
Frau Dr. Sigrun Klug

Vertreterin für Frau Dr. Klug

Es waren außerdem ca. 15 Zuhörerinnen und Zuhörer anwesend.

Um 19.00 Uhr begrüßt die Vorsitzende Frau Palm alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums durch die Anwesenheit von 28 Ratsmitgliedern fest und eröffnet die Sitzung.

Vor der Behandlung der Tagesordnung würdigt die Stadtpräsidentin in einem kleinen Wortbeitrag die umfänglichen Ämter und Mandate, die das verstorbene ehemalige, langjährige Ratsmitglied Frank Balack innehatte und ruft zu einer Schweigeminute auf.

Im Anschluss daran stellt sie fest, dass Änderungswünsche zur Tagesordnung nicht vorliegen. Frau Palm kündigt aber an, die TOP 8 und 9 in der Reihenfolge zu tauschen und den TOP 12 aus der Tagesordnung zu streichen, da es aus der 27. Ratssitzung kein nichtöffentliches Protokoll zu beschließen gibt. Da es außerdem weder aus der Verwaltung noch aus der Mitte des Rates vertrauliche Mitteilungen oder Anfragen gibt, kann auch der TOP 13 gestrichen werden. Ebenso entfällt daher auch der TOP 14. Damit sieht die heute zu behandelnde Tagesordnung aus wie folgt:

T A G E S O R D N U N G

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
- 2.) **Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 27.öffentlichen Sitzung vom 28.01.2016**
- 3.) **Schriftliche Anfragen**
- 4.) **Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern**
- 5.) **Kindertagesstätten in Wedel;
hier: Anpassung der Förderungsgrundsätze**
- 6.) **Kindertagesstätten in Wedel;
hier: Erweiterungsbau der heilpädagogischen Kita der Lebenshilfe**
- 7.) **Fraktionszuwendungen - Verteilmaßstab ab 01.01.2016**
- 8.) **Entscheidung über Einspruch**
- 9.) **Bürgerentscheid vom 29.11.2015
Hier: Abstimmungsprüfung**
- 10.) **Beteiligung an einer Kommunalholding der WEP GmbH**
- 11.) **Mitteilungen und Anfragen**
 - 11.1 **Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen**
 - 11.2 **Spendeneinnahmen Stadt Wedel 2015**
 - 11.3 **Sonstige Mitteilungen**
 - 11.4 **Anfragen**

1.) Einwohnerfragestunde

Es gibt 1 Fragestellerin und 2 Fragesteller.

Die erste Fragestellerin ist Frau Regina Wohlers.

Artikel auf wedel.de „Aufstocken gegen Wohnungsknappheit“

Frau Wohlers geht auf den o.a. Artikel ein, der auf wedel.de nachzulesen war und fragt, in welcher zeitlichen Dimension eine Realisierung des Projektes erwartet werden kann.

Herr Schmidt antwortet, dass hierfür 2 Aspekte zu berücksichtigen sind. Zum einen ist erst eines der zwei geplanten Projekte im Planungsausschuss vorgestellt worden. Der Planungsausschuss hat den Plänen noch nicht zugestimmt. Für beide geplanten Vorhaben ist zuvor ein B-Plan-Verfahren durchzuführen, was ca. 1 Jahr in Anspruch nehmen wird.

Frau Wohlers fragt weiter, ob der Artikel im Auftrag der Stadt erstellt wurde und weshalb der Artikel, der sich wie Werbung für die Investorin Frau vom Bruch liest, nicht als Werbeartikel gekennzeichnet ist.

Mit ihrer letzten Frage geht die Fragestellerin auf den Planungsausschuss ein, in dem das Projekt unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Aus Sicht von Frau Wohlers gab es in dem Artikel auf wedel.de zu dem Projekt nur Werbung und keine Sachinformationen. Sie möchte wissen, warum das so ist.

Herr Schmidt antwortet, dass der Artikel durch den Vertragspartner KommunikaTeam erstellt wurde. Aus seiner Sicht enthält der Artikel durchaus Sachinformationen. Er nimmt wahr, dass die Bevölkerung sehr frühzeitige Informationen gut findet. Hierbei handelte es sich um frühzeitige Informationen für alle Interessierten.

Geplanter Bau einer Wohnunterkunft an der Ecke Feldstraße/Rudolf-Breitscheid-Straße

Der Einwohner Herr Imbeck stellt dem Fraktionsvorsitzenden der Bd.90/Grüne-Fraktion die Frage, wie man den Bau vor Aggressionen und Übergriffen während der Bauphase, aber erst recht danach, schützen könnte.


Herr Wuttke ist überrascht, dass die Frage ihm gestellt wird. Er antwortet, dass er davon ausgehe, dass die Verwaltung entsprechende Überlegungen angestellt und geeignete Maßnahmen zum Schutz während der Bauphase und auch danach in der Schublade hat. Außerdem, so Herr Wuttke, ist nicht allein die Verwaltung für den Schutz verantwortlich, sondern alle 31 Ratsmitglieder ebenso wie alle Wedelerinnen und Wedeler. Jeder sollte diese und alle anderen Unterkünfte im Auge haben.

Herr Eichhorn ergänzt, dass diese Frage auch schon im Planungsausschuss angesprochen wurde.

Ausschusssitzungen

Der letzte Fragesteller Herr Pflüger möchte wissen, ob sich die Ausschussmitglieder der unterschiedlichen Ausschüsse zu bestimmten Themen, die der jeweilige Ausschuss behandelt, austauschen. Nach seinem Eindruck ist das nicht der Fall. Selbe Themen, die in unterschiedlichen Ausschüssen behandelt werden, werden von den Fraktionsmitgliedern unterschiedlich bewertet.

Frau Koschorrek antwortet, dass es regelmäßige Fraktionssitzungen gibt, in denen die Ausschussmitglieder aus ihren jeweiligen Ausschüssen berichten. Ein Austausch ist daher sichergestellt.



2.) Protokollgenehmigung, hier: Protokoll der 27.öffentlichen Sitzung vom 28.01.2016

Die Stadtpräsidentin gibt bekannt, dass es zu TOP 1 - Einwohnerfragestunde - Einwände von einer Fragestellerin gibt, die aber nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung nicht zugelassen werden können.

In TOP 1 muss zu Frage 1 Nr.4 im Text „4 Jahre“ durch „ 6 Jahre“ geändert werden, da hier ein Tippfehler vorliegt.

Frau Kärgel bedauert, dass die Einwände nicht zugelassen werden können. Sie hätte schon gerne die Antwort gehört, ob und inwieweit in der Neujahrsrede des Bürgermeisters Wahlwerbung enthalten war.

Herr Schmidt entgegnet, dass er fest davon überzeugt ist, keine Wahlwerbung in seiner Rede eingebaut zu haben. Dass er sagte, er würde sich freuen, im nächsten Jahr wieder Gastgeber sein zu dürfen, ist seines Erachtens legitim und kann nicht als Wahlwerbung interpretiert werden.

Herr Wuttke bittet, auf Seite 7 oben im Beschluss zur Nachwahl von Herrn Hagendorf als 3. Stellvertretendes Mitglied den Ausschuss, nämlich den UBF , aufzunehmen, damit man später nachvollziehen kann, in welchen Ausschuss Herr Hagendorf als Stellvertreter gewählt wurde.

Frau Palm ergänzt, dass zu TOP 8 das FDP-Mitglied Anne Szews und nicht Anke Szews heißt. Auch hier muss korrigiert werden.

Mit diesen Änderungen beschließt der Rat mit 23:0:5 Stimmen :

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

3.) Schriftliche Anfragen

Es gibt keine schriftlichen Anfragen.

4.) Nachwahl von Ausschuss- und Gremienmitgliedern

Auf Vorschlag von Herrn Wuttke beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Rat wählt in den Wahlprüfungsausschuss

**als 3. Stellvertretendes Mitglied Frau Gudrun Jungblut,
als 4. Stellvertretendes Mitglied Herrn Olaf Wuttke und
als 5. Stellvertretendes Mitglied Herrn Felix Schnor.**

**5.) Kindertagesstätten in Wedel;
hier: Anpassung der Förderungsgrundsätze
Vorlage: BV/2016/008/1**

Frau Palm übergibt die Sitzungsleitung an Fau Ciker und verlässt wegen Befangenheit den Ratssaal. Herr Funck verlässt ebenfalls den Ratssaal, weil er zu diesem Tagesordnungspunkt befangen ist.
Es sind 26 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Barop als Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport trägt die Beschlussvorlage vor.

Frau Kärgel fragt den Bürgermeister, weshalb er es so lange hingenommen hatte, nämlich 12 Jahre, dass der Kreis Pinneberg nur sehr niedrige Beiträge aus den Landeszuschüssen an die kreisangehörigen Kommunen weiter gibt. Erst durch die vor Kurzen angeschobene Diskussion hierzu, so Frau Kärgel, habe Herr Schmidt jetzt diesbezüglich den Landrat angeschrieben. Die Kita-Beiträge sind in anderen Städten und Kreisen deutlich niedriger als in der Stadt Wedel.

Herr Schmidt entgegnet, wer denn behauptet, er hätte nicht interveniert in dieser Sache. Es gibt verwaltungsinterne Treffen auf Kreisebene, in denen auch über dieses Thema gesprochen wurde und wird. Außerdem suggeriert der Wortbeitrag von Frau Kärgel, dass die Gelder sofort geflossen wären, hätte er sich dem Kreis gegenüber gegen die geringen Zuschusszahlungen ausgesprochen. Das gesamte Thema, so Herr Schmidt, ist Sache der Politik. Hier hätte die Politik, u.a. auch die Kreistagsabgeordneten der Grünen, handeln müssen. Verantwortlich für den Ist-Zustand ist der Kreis und nicht die Stadt Wedel.

Er kann verstehen, dass es für Eltern nur schwer nachvollziehbar ist, dass sie für die Kinderbetreuung 500 m weiter in Hamburg weitaus weniger zahlen müssen als in Wedel. Das liegt aber an den unterschiedlichen Strukturen des Stadtstaates Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein.

Frau Kärgel zeigt in einem weiteren Wortbeitrag auf, dass es auch auf schleswig-holsteinischer Seite Städte mit geringeren Kita-Beiträgen gibt und bemängelt, dass der Kreis die zugeteilten Landeszuschüsse größtenteils für andere Aufgaben ausgibt und die Kommunen, so auch Wedel, dadurch verdursten.

Frau Neumann-Rystow bittet, diesen Krieg endlich hier und jetzt zu beenden. Das Thema wurde in den Kita-Kuratorien und im Fachausschuss ausführlich diskutiert und betrachtet. Das jetzt zu diesem Punkt hier und heute wieder die Diskussion eröffnet wird, ist reiner Wahlkampf und hat im Rat nichts zu suchen. Sie fordert auf, zur Sache zurückzukehren.

Der Rat beschließt jetzt einstimmig:

Beschluss

1. **Der Rat der Stadt Wedel beschließt, rückwirkend ab dem 01.01.2016 die „Förderungsgrundsätze der Stadt Wedel für die Kindertagesstätten und Tagespflegestellen“ wie folgt anzupassen:**
 - **Träger mit Festbetragsfinanzierung:**
Der Zuschuss wird in Höhe von 1,72 € für jede Betreuungsstunde pro Kind gewährt, für Kinder unter 3 Jahren in Höhe von 3,38 €.
Kindertagesstättenträger mit vom Gruppendienst freigestellten Leitungskräften erhalten pro Kind/Betreuungsstunde einen um 0,12 € und für Krippenkinder einen um 0,22 € erhöhten Zuschuss.
.....
Darüber hinaus ist es möglich, aufgrund besonderer Umstände einen zusätzlichen Sockelbetrag zu beantragen, der die notwendige Finanzierung der Einrichtung gewährleistet. Die Entscheidung trifft auch hier der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport. In diesem Fall ist ein Nachweis über die Verwendung

der Zuschussmittel bis spätestens zum 30.06. des Folgejahres zu erbringen und eine Endabrechnung vorzunehmen.

- Träger mit defizitärer Bezuschussung:
Der Zuschuss wird in Höhe des nachgewiesenen Defizits zu den angemessenen Personal- und Sachkosten gewährt, die durch den Betrieb der Kindertagesstätte entstehen. Angemessen sind Kosten bis zur Höhe:

.....

von maximal 335 € pro Kind gemäß Betriebserlaubnis (Betreuungszeit mindestens 12 Wochenstunden) als Verwaltungskostenpauschale. Darüber hinausgehende Kostenübernahme kann durch Beschluss des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport geregelt werden. Die entstandenen Kosten sind erstmalig mit dem Jahresabschluss 2016 nachzuweisen und dann regelmäßig in jährlichem Rhythmus. Nach Vorlage der Abrechnung für das Jahr 2017 wird entschieden, ob ein Nachweis alle 2 Jahre ausreichend ist

2. Der Rat der Stadt Wedel beschließt darüber hinaus zusätzlich bis auf weiteres:

Für Träger mit Festkostenzuschuss:

- der Waldorfpädagogik in Wedel e. V. einen Sockelbetrag von zurzeit 90.600,00 € pro Jahr zu zahlen, um eine Vergütung des Personals analog des TVöD zu gewährleisten.
- der Freien evangelischen Gemeinde für den Kindergarten „Lütt Arche“ einen Sockelbetrag von zurzeit 10.000,00 € für das Existenz bedrohende jährliche Defizit zu zahlen, erstmalig rückwirkend für 2015.

Für Träger mit defizitärer Bezuschussung:

- der Lebenshilfe für Menschen mit Behinderungen im Kreis Pinneberg gGmbH für die heilpäd. Kita eine erhöhte Verwaltungskostenpauschale aufgrund der Besonderheit der Einrichtung (kleinere Gruppen durch I-Kinder) von insgesamt 38.000 € statt 28.140 € zu zahlen.

Frau Palm und Herr Funck sind wieder anwesend. Frau Ciker unterrichtet sie über das Beschlussergebnis. Sie übergibt die Sitzungsleitung wieder an Frau Palm. Es sind nun wieder 28 stimmberechtigte Ratsmitglieder anwesend.

- 6.) Kindertagesstätten in Wedel;
hier: Erweiterungsbau der heilpädagogischen Kita der Lebenshilfe
Vorlage: BV/2016/007

Herr Barop trägt auch diese Beschlussvorlage vor. Nach kurzer Aussprache beschließt der Rat einstimmig:

Beschluss

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport beschließt, den für dieses Jahr geplanten Erweiterungsbau der heilpädagogischen Kita der Lebenshilfe für Menschen mit Behinderungen im Kreis Pinneberg gGmbH für eine Regelintegrationsgruppe zu genehmigen und finanziell zu fördern. Die dafür erforderlichen Mittel i. H. v. 57.080,00 € stehen im Haushalt für 2016 zur Verfügung.

7.) Fraktionszuwendungen - Verteilmaßstab ab 01.01.2016
Vorlage: BV/2016/010

Herr Dr. Bakan als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses trägt die Beschlussvorlage vor.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat beschließt den jährlichen Fraktionszuschuss in Höhe von derzeit insgesamt 6.000 €

ab dem 01.01.2016 nach folgendem Maßstab auf die dem Rat angehörenden Fraktionen zu verteilen:

1. Es wird ein Grundbetrag pro Fraktion, gestaffelt nach Anzahl der Ratsmitglieder, 1 - 5 Mitglieder = 450 €, ab 6 Mitglieder = 300 €, gezahlt.
2. Die verbliebenen Haushaltsmittel werden auf die Fraktionen prozentual nach Anzahl der Ratsmitglieder aufgeteilt.“
3. Die bislang den Fraktionen in Rechnung gestellte jährliche Getränkepauschale entfällt ersatzlos.
Kalte Getränke werden weiterhin in bisherigem Umfang bereitgestellt.

8.) Entscheidung über Einspruch
Vorlage: BV/2016/011

Herr Fuchs als Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses trägt die Beschlussvorlage vor. Er bedankt sich bei allen ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern für ihr Engagement und ihren Einsatz.

Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss


Der Rat der Stadt Wedel beschließt, den Einspruch vom 20.12.2015 zurückzuweisen.

9.) Bürgerentscheid vom 29.11.2015
Hier: Abstimmungsprüfung
Vorlage: BV/2016/012

Herr Fuchs trägt auch diese Beschlussvorlage vor. Der Rat beschließt einstimmig:

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt, den Bürgerentscheid mit der Frage: „Soll die Grünanlage Ecke Feldstraße/Rudolf-Breitscheid-Straße im Herzen von Wedel als eine der letzten öffentlichen Grünflächen im zentralen Stadtgebiet von Wedel ohne Bebauung für die Nutzung durch die Bürger und Anwohner erhalten bleiben?“ vom 29. November 2015 für gültig zu erklären.



10.) Beteiligung an einer Kommunalholding der WEP GmbH
Vorlage: BV/2015/135

Herr Dr. Bakan als Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses trägt die Beschlussvorlage vor. Nach kurzer Aussprache beschließt der Rat mit 25:3:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Rat der Stadt Wedel beschließt den Erwerb eines Geschäftsanteils in Höhe von € 2.000,-- an einer noch zu gründenden WEP Kommunalholding GmbH zuzüglich der damit verbundenen Gründungskosten von € 1.000,-- und eine Einlage in die WEP Kommunalholding GmbH in Höhe von weiteren € 2.000,-- zur Finanzierung eines Anteilerwerbs an der WEP Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH. Für die laufende Betriebsführung der Kommunalholding ist mit Kosten in der Höhe von € 800,-- jährlich zu rechnen.

11.) Mitteilungen und Anfragen

11.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Es gibt keinen Bericht der Verwaltung.

11.2.) Spendeneinnahmen Stadt Wedel 2015
Vorlage: MV/2016/006

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

11.3.) Sonstige Mitteilungen

Keine sonstigen Mitteilungen.

11.4.) Anfragen

Herr Barop stellt die folgende Anfrage:

Bauvorhaben Galgenberg

Am 02.02. war das Projekt Thema im Planungsausschuss und zwar unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Am 09.02. gab es zu dem Projekt einen Bericht auf wedel.de. Wieso ist das Thema auf wedel.de veröffentlicht, obwohl es 1 Woche vorher noch ohne Öffentlichkeit im Planungsausschuss behandelt wurde?

Herr Schmidt antwortet, dass bekanntermaßen KommunikaTeam die Stadt bei der Verfassung von Artikeln unterstützt, es einen entsprechenden Vertrag gibt. In diesem Fall hat KommunikaTeam die Investorin des Projekts interviewt und hierüber berichtet. Die veröffentlichten Daten und Pläne sind mit Wissen und auf Wunsch der Investorin Frau vom Bruch veröffentlicht worden. Sie hat auch das Interview mit der anschließenden Veröffentlichung initiiert.

Frau Palm erteilt dem anwesenden Vertreter des Umweltbeirates, Herrn vom Bruch, das Wort, da dieser als Ehemann der Investorin zur Aufklärung beitragen möchte.

Herr vom Bruch bestätigt die Aussagen des Bürgermeisters. Die Informationen sind darüber hinaus nicht nur Herrn Frenzel gegeben worden, sondern auch anderen örtlichen Presseorganen. So gab es zu dem Projekt auch einen größeren Artikel in der Pinneberger Zeitung.

Herr Wuttke wundert sich, weshalb das Projekt einerseits vertraulich unter Ausschluss der Öffentlichkeit im Planungsausschuss behandelt wurde, andererseits kurz darauf alles öffentlich nachzulesen war. Da fühlt er sich als Ausschussmitglied nicht ernst genommen. Weshalb fragt die Verwaltung den Investor nicht vor der Sitzung, ob das Thema öffentlich behandelt werden könnte ?

Herr Schmidt entgegnet, dass man nicht von vornherein wissen kann, ob nicht aus den Reihen der Ausschussmitglieder noch Diskussionsbedarf besteht, der schützenswerte Bereiche betrifft. Das kann gerade bei Beginn der Beratungen zu einem neuen Projekt der Fall sein. Der Ausschuss hatte offenbar auch diesen Gedanken bzw. wollte sich die Möglichkeit offenhalten, schützenswerte Bereiche anzusprechen zu können, da der Ausschluss der Öffentlichkeit mit 2/3 - Mehrheit ja auch beschlossen wurde.

Herr Eichhorn bestätigt dies. Pikiert ist er aber im Nachhinein, wenn kurz nach der vertraulichen Beratung alles öffentlich nachgelesen werden kann.


Er unterstützt die Anregung von Herrn Wuttke, zukünftig Investoren vor der Sitzung zu befragen, ob ein Ausschluss der Öffentlichkeit aus Investorensicht erforderlich ist oder nicht. Und wenn es erforderlich sein sollte, entweder aus Sicht der Verwaltung oder aus Sicht des Investors, sollte die Verwaltung dieses in der Beschlussvorlage begründen.

Herr Schernikau versteht die Diskussion hier und heute nicht. Zum Zeitpunkt, als der Ausschuss den Ausschluss der Öffentlichkeit beschlossen hatte, wussten die Ausschussmitglieder noch gar nicht, was ihnen vorgestellt werden wird. Der Ausschuss hat dann ja auch das Projekt durchaus positiv bewertet. Wenn denn im Anschluss die Investorin von sich aus an die Öffentlichkeit geht, ist es doch ihre Sache, Das kann niemand dem Bürgermeister vorwerfen.

Herr vom Bruch macht darauf aufmerksam, dass das Projekt ohnehin in gewisser Weise schon öffentlich war. Es gab schon vor der Ausschusssitzung eine Mieterversammlung, zu der eingeladen wurde. Dennoch war es aus seiner Sicht richtig, dass Thema bei erster Vorstellung im Ausschuss nichtöffentlich zu behandeln. Es war weder für die Verwaltung noch für den Investor klar, ob nicht neue oder besondere Aspekte zur Debatte stehen würden, bei denen durchaus datengeschützte Bereiche anzusprechen gewesen wären.

In der weiteren Diskussion führt Herr Barop aus, dass der Gesetzgeber der Öffentlichkeit eine hohe Priorität eingeräumt hat. Wenn denn nun kurz nach vertraulicher Beratung doch alles öffentlich ist, muss man die Frage stellen dürfen, ob die nichtöffentliche Beratung im Ausschuss nötig war. Der Bürgermeister als Verantwortlicher für wedel.de sollte sich außerdem vor Veröffentlichung in solchen Fällen fragen, ob dies kurz nach einer vertraulichen Beratung in Ordnung ist. Wenn etwas als nichtöffentlich beurteilt wird, sollte man es auch nichtöffentlich lassen.

Herr Schmidt unterstützt die Aussagen des Herrn vom Bruch. Auf den Einwurf von Herrn Barop macht Herr Schmidt noch einmal deutlich, dass nicht die Verwaltung an die Öffentlichkeit gegangen ist, sondern die Investorin.



Die Diskussion jetzt sich weiter fort. Frau Jungblut möchte eine konkrete Aussage des Bürgermeisters, wann genau er und wann genau er nicht für Inhalte auf wedel.de verantwortlich ist. An Frau Palm gewandt, fragt sie, auf welcher rechtlichen Grundlage der Gemeindeordnung sie Herrn vom Bruch, der heute als Vertreter des Umweltbeirates anwesend ist, das Wort erteilt hat. Nach ihrer Rechtsauffassung hätte Herr vom Bruch nicht das Recht gehabt, in der Ratsdebatte in eigener Sache sprechen zu dürfen.

Frau Palm gibt Frau Jungblut Recht. Sie hätte Herrn vom Bruch nicht ohne vorherigen Ratsbeschluss zur Sache reden lassen dürfen. Allerdings konnte er zur Frage, weshalb das Projekt in der Öffentlichkeit bekanntgemacht war, beitragen, was dem Verlauf der Debatte dienlich war.

Herr Wuttke geht auf den Artikel zu dem Projekt auf wedel.de ein, in dem zu lesen ist, dass die Fraktionen das Projekt wohlwollend aufgenommen haben. Er fragt sich, woher Herr Frenzel dieses wissen konnte. Während der nichtöffentlichen Diskussion war er nicht anwesend und er, Herr Wuttke, ist anschließend hierzu nicht von Herrn Frenzel befragt worden. Es muss offensichtlich jemand der Anwesenden der vertraulichen Sitzung mit Herrn Frenzel gesprochen haben.

Insgesamt unter Betrachtung der Fragen zu wedel.de heute und aus den letzten Sitzungen hält er es für erforderlich und wichtig, über das Konstrukt wedel.de vor den anstehenden Haushaltsberatungen zu sprechen.

Kraftwerk Wedel

Herr Barop geht auf einen Artikel in der Presse ein, aus dem hervorgeht, dass die Steuerzahlungen seitens Vattenfall nicht mehr üppig fließen. Herr Rüdiger hatte diesbezüglich bereits im September eine entsprechende Anfrage gestellt, aber bis heute keine Antwort erhalten. Und nun kann man zur Entwicklung der Steuerzahlungen seitens Vattenfall in der Zeitung lesen. Das kritisiert Herr Barop

Herr Schmidt erwidert, dass er zum Zeitpunkt der Frage Herrn Rüdigers nichts von einer anstehenden Veränderung hinsichtlich der Steuerzahlungen durch Vattenfall wusste. Das hat er auch erst viel später erfahren. Als das dann bekannt wurde, hat er hierüber aber zeitnah im Haupt- und Finanzausschuss berichtet. Abschließend weist Herr Schmidt auch noch einmal auf das Steuergeheimnis hin. Es ist immer eine Gradwanderung hinsichtlich der Beantwortung von Fragen zu Steuerzahlungen einzelner Betriebe.

Weitere Fragen werden nicht gestellt. Die Stadtpräsidentin verabschiedet um 20:05 alle Anwesenden und schließt die Sitzung.

Stadtpräsidentin

Martina Weisser
Schriftführerin

Datum der
Unterschrift

25.02.2016

